

Niederschrift zur 13. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten am Dienstag, 10. März 2026 um 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:56 Uhr

Vorsitz: Gunnar Sgolik

Schriftführung: Sabrina KC

- TOP 1** Genehmigung der Niederschriften der 12. Sitzung vom 01.12.2025
- TOP 2** Aussprache zur Ortsbegehung „Verkehrssituation Fährer Straße“
- TOP 3** Anhörung „Beckstraße - Piktogramme“
- TOP 4** Anhörung „Schönebecker Kirchweg – eingeschränktes Halteverbot auf Höhe Hausnummer 50“
- TOP 5** Anhörung „Fährer Flur – eingeschränktes Halteverbot in Fahrtrichtung Lindenstraße“
- TOP 6** Anhörung „Speicherquartier – Erschließung“
- TOP 7** Verdeutlichung der 30er Zone in der Borchshöher Straße durch Verengung der Straße im Übergang von Tempo 50 auf Tempo 30
Beratung zum Bürgerantrag von Herrn Schmidt-Tabé vom 15.01.2025 nach Eingang Stellungnahme vom ASV
- TOP 8** Auswertung der Geschwindigkeitsmessenanlagen
- TOP 9** Überwiesene Anträge/ Bürgeranliegen aus der Bürgersprechstunden
 - 9.1.** Antrag der SPD-Fraktion – Verkehrssituation Borchshöher Straße
 - 9.2.** Bürgerantrag Herr Jahns – Prüfung Halteverbot Gärdesstraße; bezogen auf Anhörung Gärdesstraße aus der Sitzung vom 01.12.2025
 - 9.3.** Bürgerantrag EG Grohn - Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h und Einrichtung einer Querungsanlage auf der Friedrich-Humbert-Straße
- TOP 10** Verschiedenes

Anwesende Mitglieder

Houssam Remmo	Gaby Jäckel
Heike Sprehe	Klaus Bless
Andreas Kruse	Thomas Pörschke (i.V.)
Ingo Schiphorst	

Abwesende Mitglieder *(kursiv= entschuldigt)*

Fethi Kandaz	<i>Heiko Werner</i>
<i>Norbert Arnold</i>	<i>Tim Hansen</i>

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Anschluss der Ortsbegehung. Die Ortsbegehung fand bereits um 17 Uhr an der Kreuzung Fährer Straße – Beckstraße – Am Becketal statt. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Protokollerstellung wird die Sitzung in Ton & Bild aufgezeichnet und im Anschluss wieder gelöscht. Die Verhaltensweisen für die hybride Sitzung werden verlesen. Es wird daher auf die gültige Geschäftsordnung des Beirates verwiesen, insbesondere auf § 4 Abs. 14: Für die Sitzungsleitung, die Gremienmitglieder und für die Öffentlichkeit muss jederzeit durch Bildübertragung, namentliche Anzeige oder sonstige geeignete Darstellung erkennbar sein, welche Gremienmitglieder von extern zugeschaltet sind und an der Sitzung teilnehmen. Diese Gremienmitglieder sind verpflichtet, sich mit Klarnamen anzumelden.

Es gibt keine Änderungswünsche an der Tagesordnung. Diese gilt somit als genehmigt.

TOP 1 Genehmigung der Niederschriften der 12. Sitzung vom 01.12.2025

Es gibt keine Änderungswünsche an der Niederschrift. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 2 Aussprache zur Ortsbegehung „Verkehrssituation Fährer Straße“

Die Ortsbegehung wurde auf Grundlage einer E-Mail von Frau Kruck initiiert, die sowohl den Ortsamtsleiter als auch Herrn Kruse erneut um eine Begehung bat und mehrere Forderungen formulierte, die als Bürgerantrag interpretiert werden konnten.

Während der Begehung wurden zunächst die Situation in der Straße Am Becketal nahe dem Fitnessstudio sowie anschließend die Lage an der Fährer Straße und am Bahnübergang begutachtet. Obwohl zum Zeitpunkt der Begehung keine Aussagen zum Schulbetrieb möglich waren, wurden die Meinungen und Beiträge der anwesenden Bürger aufgenommen.

Herr Kruse erklärt, dass bereits Beschlüsse zum alternierenden Parken und zur Anbringung von Piktogrammen gegenüber der Schule gefasst wurden, diese jedoch nicht umgesetzt sind. Es besteht dringender Handlungsbedarf, insbesondere zur besseren Visualisierung der Tempo-30-Zone, da derzeit nur ein kleines Schild vorhanden ist. Zudem ist die grundsätzliche Schilderpflege mangelhaft, insbesondere die Warnschilder für Schulwege. Die Begehung ergab für Herrn Kruse, dass zur Verkehrsberuhigung und zum Schutz spielender Kinder die Installation von Schwellen oder einem Lübecker Kissen notwendig erscheint, obwohl dies bisher abgelehnt wurde. Anwohner berichteten ihm im Vorhinein bereits, dass die aktuelle Situation mit rücksichtslosen Verkehrsteilnehmern als untragbar empfunden wird.

Frau Sprehe ergänzt, dass insbesondere im Bereich Beckstraße - Am Becketal eine Haltelinie zur besseren Visualisierung der Vorfahrtsregel „rechts vor links“ anzubringen wäre.

Die Bürgerantragsstellerin Frau Kruck weist darauf hin, dass alternierendes Parken zwar visuell auf der Straße hilfreich ist und das teilweise von den Anwohnern schon ohne Markierungen praktiziert wird, jedoch weder aggressives Fahrverhalten noch die Nutzung der Beckstraße als Umgehung reduziert. Die Verkehrsmenge bleibt hoch, was die Belastung durch Emissionen und die Gefährdung der Gesundheit der Anwohner nicht ausreichend mindert.

Frau Sprehe betont die Notwendigkeit, eine Geschwindigkeitsmessanlage mit Verkehrszählfunktion an kritischen Stellen wie der Fährer Straße und der Straße Am Becketal zu installieren, um valide Daten über Verkehrsaufkommen und -verhalten zu erhalten. Herr Sgolik ergänzt, dass diese Messungen helfen sollen, fundierte Entscheidungen im Verkehrsausschuss zu treffen, da bisher nur unzureichende Zahlen vorliegen.

Als mögliche Konsequenzen gibt Herr Sgolik, neben der Auswertung der Daten auch Maßnahmen wie verstärkte Kontrollen durch die Polizei, insbesondere während Stoßzeiten, und gezielte Sanktionen zur Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmer, auf. Innerhalb der Diskussionen wird hervorgehoben, dass finanzielle Sanktionen oft die effektivste Methode sind, um insbesondere jüngere Fahrer zu einem vorsichtigeren Fahrverhalten zu bewegen.

Frau Kuck thematisiert die Problematik der Fährer Straße und Beckstraße als bekannte Ausweichrouten bei Verkehrsstaus, insbesondere an dem stark frequentierten Bahnübergang in der Meinert-Löffler-Straße. Es wird kritisiert, dass das angrenzende Gewerbegebiet ausschließlich über Wohngebiete erschlossen wird, was verkehrliche Belastungen verstärkt.

Herr Kruse bestätigt, dass die vorliegenden Herausforderungen aus der Umnutzung eines ehemals gewerblich genutzten Areals zu einem geschlossenen Wohngebiet resultieren, was eine grundlegende Veränderung der Infrastruktur und Verkehrsführung erfordert. Diese Umwandlung bringt erhebliche verkehrstechnische Probleme mit sich, da trotz zunehmender Bewohnerzahl keine zusätzlichen Zufahrtsmöglichkeiten geschaffen wurden. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur ist somit überlastet, was insbesondere durch die unzureichende Erschließung und fehlende Öffnung von Straßen verstärkt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es nach Meinung Herrn Kruses notwendig, auch unpopuläre Maßnahmen zu prüfen, um die Verkehrssituation zu entschärfen. Dazu zählen beispielsweise die Installation von Schwellen, die eine Geschwindigkeitsreduzierung erzwingen, ohne den Aufwand und die Kosten einer kompletten Straßeneröffnung zu verursachen. Obwohl solche Maßnahmen mit Investitionen verbunden sind, könnten sie kosteneffizienter sein und dennoch eine spürbare Verbesserung der Verkehrssicherheit bewirken. Die Erfahrung zeigt, dass Fahrer bei Schwellen ihre Geschwindigkeit reduzieren, was insbesondere in kurzen Streckenabschnitten sinnvoll ist und von der Bevölkerung gewünscht wird.

Insgesamt ist es entscheidend, dass diese Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden, um die aktuelle Verkehrssituation nachhaltig zu verbessern. Ein zögerliches Vorgehen oder das Aufschieben von Entscheidungen ist angesichts der bestehenden Probleme nicht zielführend.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Ausschuss bedankt sich bei Frau Kruck und den weiteren Teilnehmenden für die Teilnahme an der Ortsbegehung und den gegebenen Hinweisen.**
- 2. Die bereits gefassten Beschlüsse im Bereich Fährer Straße, Beckstraße und Am Becketal werden erneut bekräftigt und das Amt für Straßen und Verkehr wird aufgefordert diese Beschlüsse, insbesondere das alternierende Parken, umzusetzen.
(Fährer Straße Beschluss vom 07.09.2020 alternierendes Parken offen)
(Beckstraße Beschluss vom 03.02.2025 alternierendes Parken offen)**
- 3. Der Ausschuss fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, Lösungsvorschläge für die Verkehrslage in der Fährer Straße ab Hammersbecker Str. bis zum Bahnübergang zu unterbreiten. Es soll unter anderem die Beschilderung erneuert und ergänzt werden. Weiter sollen Schilder angebracht werden, die auf die Schule hinweisen.**

4. Eine Haltelinie im Kreuzungsbereich Fährer Straße./ Am Becketal soll geprüft werden.

5. Der Ausschuss beschließt den Einsatz von Geschwindigkeitsmessenanlagen in der Fährer Straße, nahe der Schule und in der Straße Am Becketal (Richtung Fitnessstudio).

6. Die Polizei Bremen wird gebeten, den Bereich stärker zu kontrollieren und Geschwindigkeitsmessungen durch Laser durchzuführen. Der Einsatz eines Ausbildungszuges wird angeregt.

7. Das Amt für Straßen und Verkehr wird um Prüfung der Einrichtung einer Spielstraße im Bereich Am Becketal (Fitnessstudio) gebeten.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Das Ortsamt wird das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) bitten die dortigen Verkehrsschilder zu reinigen.

TOP 3 Anhörung „Beckstraße – Piktogramme“

Die Anhörung liegt dem Gremium vor und bedarf keiner weiteren Aussprache.

Das Gremium stimmt der Anhörung einstimmig zu.

TOP 4 Anhörung „Schönebecker Kirchweg – eingeschränktes Halteverbot auf Höhe Hausnummer 50“

Die Anhörung liegt dem Gremium vor und bedarf keiner weiteren Aussprache.

Das Gremium stimmt der Anhörung einstimmig zu.

TOP 5 Anhörung „Fährer Flur – eingeschränktes Halteverbot in Fahrtrichtung Lindenstraße“

Die Anhörung liegt dem Gremium vor und bedarf keiner weiteren Aussprache.

Das Gremium stimmt der Anhörung einstimmig zu.

TOP 6 Anhörung „Speicherquartier – Erschließung“

Die Anhörung liegt dem Gremium vor und bedarf keiner weiteren Aussprache.

Das Gremium stimmt der Anhörung einstimmig zu.

TOP 7 Verdeutlichung der 30er Zone in der Borchshöher Straße durch Verengung der Straße im Übergang von Tempo 50 auf Tempo 30 - Beratung zum Bürgerantrag von Herrn Schmidt-Tabe vom 15.01.2025 nach Eingang Stellungnahme vom ASV

Herr Schiphorst bittet aufgrund der gefassten Beschlüsse aus der Planungskonferenz vom 06.02.2026 um Rückstellung der Thematik.

Herr Kruse und Frau Sprehe lehnen dieses ab, da über den Bürgerantrag schon vor der Planungskonferenz beraten wurde und die Bürger:innen schnelle Lösungen erwarten.

Herr Sgolik unterbreitet daher ohne weitere Aussprache folgenden ergänzenden Beschluss:

- 1. Der Ausschuss beschließt die Maßnahmekosten aus dem Stadtteilbudget für verkehrslenkende Maßnahmen zu übernehmen.**
- 2. Das Amt für Straßen und Verkehr wird gebeten die Maßnahme, wie laut Stellungnahme mitgeteilt, bis Mitte des Jahres 2026 umzusetzen.**

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 8 Auswertung der Geschwindigkeitsmessenlagen

Anhand beigefügter Anlage gibt Herr Sgolik einen Überblick über die Auswertung der Geschwindigkeitsmessenlagen.

Die Auswertung geht zur Kenntnisnahme an den Verkehrssachbearbeiter Herrn Fitzner.

Es gibt keinen weiteren Aussprachebedarf. Das Gremium nimmt Kenntnis.

TOP 9 Überwiesene Anträge/ Bürgeranliegen aus der Bürgersprechstunden

9.1. Antrag der SPD-Fraktion – Verkehrssituation Borchshöher Straße

Frau Sprehe erläutert für alle den in der Anlage befindlichen Antrag der SPD zum Thema „Verkehrssituation Borchshöher Straße“.

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

9.2. Bürgerantrag Herr Jahns – Prüfung Halteverbot Gärdesstraße; bezogen auf Anhörung Gärdesstraße aus der Sitzung vom 01.12.2025

Ohne weitere Erläuterung erklärt Herr Bless zur Situation, dass die aufgestellten Schilder vom ASV anders aufgestellt wurden, als in der Anhörung vom 01.12.2025 mitgeteilt wurden. Entsprechende Bilder wird er im Nachgang an das Ortsamt schicken.

Das Gremium ist sich einig, dass die Schilder lediglich korrekt aufgestellt werden müssen. Aufgrund der vorliegenden Stellungnahmen durch Polizei und ASV ergibt sich keine Änderung des Sachverhalts. **Der Bürgerantrag ist entsprechend abzulehnen.**

9.3. Bürgerantrag EG Grohn - Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h und Einrichtung einer Querungsanlage auf der Friedrich-Humbert-Straße

Herr Theilmann von der Einwohnergemeinschaft Grohn erläutert kurz den eingebrachte Bürgerantrag, bevor das Gremium in den Austausch kommt.

Frau Sprehe stellt fest, dass auf der betreffenden Straße häufig schnell gefahren wird und gleichzeitig ein erhöhtes Verkehrsaufkommen besteht, das sich durch Umleitungen im Busverkehr zuletzt weiter verstärkt. Besonders im Bereich der Friedrich-Humbert-Straße sowie rund um das neu entstandene Wohngebiet „Kleine Wolke“ nimmt der Fußgängerverkehr deutlich zu, da dort zahlreiche Wohnhäuser angesiedelt sind.

Herr Pörschke teilt mit, dass in dem genannten Bereich bereits teilweise Tempo 30 gilt, jedoch weiterer Handlungsbedarf gesehen wird. Insbesondere wird hervorgehoben, dass die gewachsene Bevölkerungsstruktur mit mehr älteren Menschen und Kindern besondere Anforderungen an die Verkehrssicherheit stellt.

Mehrfach wird die dringende Notwendigkeit einer Querungshilfe, insbesondere eines Zebrastreifens, betont. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung solcher Querungen verbessert haben und diese Maßnahme mindestens umgesetzt werden sollte. Eine Querungshilfe wird zudem als geeignet angesehen, die Durchschnittsgeschwindigkeit des Verkehrs zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen.

Darüber hinaus wird angeregt, die Einführung von Tempo 30 in weiteren Bereichen zu prüfen, insbesondere im Umfeld sensibler Einrichtungen wie der beiden Senioreneinrichtungen. Gleichzeitig schlägt Herr Schiphorst vor, Stellungnahmen zuständiger Stellen, insbesondere der BSAG und des Amtes für Straßen und Verkehr, einzuholen.

Hinsichtlich der konkreten Umsetzung besteht noch Klärungsbedarf über den optimalen Standort der Querungshilfe. Während ein Teil der Mitglieder eine Position näher am Einkaufsbereich bevorzugt, wird von anderer Seite die unübersichtliche Kreuzung Friedrich-Humboldt-Straße / Fritz-Tecklenburg-Straße / Schönebecker Straße als zentraler Gefahrenpunkt hervorgehoben, an dem auch weitergehende Maßnahmen wie eine Ampelanlage in Betracht gezogen werden sollten. Insgesamt besteht Einigkeit darüber, dass zeitnah Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit umgesetzt werden müssen.

Herr Thalau hebt hervor, dass die aktuelle Diskussion an einen bereits vor drei Jahren gefassten Beschluss erinnert, in dem das zuständige ASV mit der Einführung von Tempo 30 sowie der Einrichtung einer Querungshilfe beauftragt wurde. Es wird kritisiert, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen bislang nicht erfolgt ist.

Herr Sgolik berichtet, dass aus einer aktuellen Rückmeldung des ASV hervor geht, dass eine Querungsmöglichkeit in der Friedrich-Humbert-Straße zwar geprüft wird, aufgrund gesetzlicher Änderungen und begrenzter Kapazitäten jedoch nicht zeitnah mit einer Umsetzung zu rechnen ist. Vor diesem Hintergrund regt er an, erneut einen Beschluss zu fassen, um den Druck auf die Verwaltung zu erhöhen.

Zusätzlich thematisiert Herr Rodewald die Gefährdung für Radfahrende. Er weist daraufhin, dass auf einem zentralen Abschnitt der Friedrich-Humbert-Straße kein Radweg vorhanden ist und Radfahrende dort erheblichen Risiken ausgesetzt sind. Die Straße wird als wichtige Radverkehrsrouten beschrieben, auf der sich unterschiedliche Verkehrsteilnehmende, darunter auch Menschen mit besonderen Mobilitätsbedürfnissen, den Raum teilen müssen.

Als mögliche kurzfristige Maßnahme schlägt Herr Möller vom ADFC die Markierung von Fahrrad-Piktogrammen auf der Fahrbahn vor, da bauliche Lösungen wie ein Radweg aufgrund der örtlichen Gegebenheiten schwer umsetzbar sind. Langfristig wird zudem auf die Notwendigkeit weiterer infrastruktureller Maßnahmen hingewiesen, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Stadtteils und den zunehmenden Verkehr durch neue Bauprojekte. Insgesamt wird die Forderung nach Tempo 30 auch mit dem Schutz der Radfahrenden begründet.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

1. **Der Ausschuss schließt sich dem Bürgerantrag der Einwohnergemeinschaft Grohn vom 27.01.2026 vollumfänglich an.**
2. **Der Ausschuss weist nochmal auf seinen Beschluss vom 07.12.2022 hin und bekräftigt diesen.**
3. **Der Ausschuss bittet um Prüfung der Einrichtung von Tempo 30 im Bereich Friedrich-Humbert-Straße (Bereich Kreuzung Fritz-Tecklenborg-Straße – Lesumstraße)**
4. **Der Ausschuss fordert die Einrichtung von Tempo 30 vor der Seniorenwohneinrichtungen „RENAFAN ServiceWohnen Tauwerk“ und Pflegeheim Leeßen-Barg (Friedrich-Humbert-Straße Ecke Lesumstraße)**

Ohne Gegenrede wird der Beschluss betroffen.

TOP 10 Verschiedenes

Herr Kruse macht erneut auf die vielen Straßenschäden im Stadtteil aufmerksam und bittet das Ortsamt entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Herr Schiphorst bittet die Situation des Wochenmarktes im Rahmen der nächsten Sitzungen zu beraten. Des Weiteren würde er gerne über den Winterspaß 2025/2026 reden und einen aktuellen Sachstand zu den Baumaßnahmen an der Unterführung in der Hermann-Fortmann-Straße haben.

Herr Kruse informiert das Gremium über das kommende Hafenfest dieses Jahr und einen eventuellen Globalmittelantrag des Veranstalters Herrn Kortekamp.

Sitzungsende: 19:56 Uhr

Gunnar Sgolik
(Vorsitz)

Andreas Kruse
(Ausschusssprecher)

Sabrina KC
(Schriftführung)